

▶ Rückblick Interkulturelle Woche 2023

Vom 25.09. bis zum 02.10. fand die interkulturelle Woche statt. Hier ein paar Ausschnitte aus den Beiträgen, die in kompletter Länge auf der Website [goettinger-linke.de](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/) gelesen werden können.

Frauen in Afghanistan - eingesperrt in private Räume

Millionen von Frauen und Mädchen müssen weiter ausharren unter den totalitären Taliban, an die vor 2 Jahren die Herrschaft über Afghanistan übergeben wurde.

Seitdem dürfen Mädchen die Schule nur noch bis zur 6. Klasse besuchen und Frauen ist der Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe nahezu unmöglich geworden. Dazu kommt grassierende Armut.

Anti-Atom-Bewegung in Japan

Neben der Debatte der Atomkraft ist Japan das einzige Land, welches mit den Folgen von Atombombenabwürfen zu kämpfen hat. Politische Entscheidungen in Bezug auf atomare Technologien beruhen auf dem Erbe des Überlebens und des Widerstandes gegen die Zerstörungskraft von Nuklearwaffen.

Das düstere Erbe der unverantwortlichen Nutzung der Kernenergie

Am 13. September 1987 ereignete sich in der brasilianischen Stadt Goiânia, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Goiás, der wohl schlimmste radioaktive Unfall der Geschichte außerhalb einer kerntechnischen Anlage. Fünf Jahre nach dem Ereignis erhielt Terezinha Nunes Fabiano, Präsidentin der Vereinigung der Opfer, im Rahmen einer der begleitenden Aktivitäten der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (ECO-92) in Rio de Janeiro – besser bekannt als

Erdgipfel – den Vorschlag von Fidel, sich um die von der radioaktiven Verseuchung Betroffenen zu kümmern.

Reale Utopie? – Rechte der Natur in Ecuador.

Im Jahr 2008 wurde eine Volksabstimmung für die bis heute gültige Verfassung durchgeführt. In diese Verfassung wurden auch die „Rechte der Natur“ aufgenommen, das ist bisher weltweit einmalig! Der Natur werden damit eigenen Rechte gewährt: die Respektierung ihrer Existenz, Aufrechterhaltung und Regelung ihrer Lebenszyklen, Recht auf Wiederherstellung. Diese Rechte der Natur legen die indigene Weltsicht als Maßstab des Handelns zugrunde.

Bangladesch und das Unglück von Rana Plaza

Das Unglück von Rana Plaza steht als ein Beispiel für die unsichtbaren Opfer unserer globalisierten Wirtschaft. Um Kosten zu senken und Gewinne zu maximieren, werden Arbeitnehmerrechte oft missachtet. Die Bedingungen in Bangladeschs Textilbranche sind nach wie vor beunruhigend. 12- bis 16-Stunden Schichten, unzureichende Löhne und fehlende Sicherheitsvorkehrungen sind weiterhin allgegenwärtig, die Arbeitsbedingungen haben sich teilweise verschlechtert.

Kommunistische Partei Kenias

Großbritannien hatte lange die Kolonialherrschaft über Kenia, so wurde 1963 mit Hilfe der Kolonialmacht eine erste Verfassung angefertigt. Bei den Wahlen 2007 kam es zu gewalttätigen Ausein-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Interkulturelle Woche	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2024
ist der 18. Januar.
Auslieferung ab 22. Januar

dersetzungen, die laut Amnesty International mehr als 1000 Tote forderten. Oppositionsparteien wurden erst in den 1990er Jahren zugelassen. Eine Aufarbeitung der Auseinandersetzungen fehlt bis heute.

Rojava – Wasser als Waffe

Durch den Bau von Staudämmen in der östlichen Türkei sollten weite Teile bewohnbar gemacht werden. Der Atatürk-Staudamm ist als Megaprojekt besonders einflussreich auf die Gebiete rund um den Fluss Euphrat – so musste die Türkei 1987 versprechen, mindestens 500 Kubikmeter Wasser pro Sekunde nach Syrien durchzulassen. Seit 2017 wird diese Menge jedoch absichtlich verringert. Für die Gebiete nach dem Atatürk-Staudamm sind die Folgen verheerend.





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Vor 60 Jahren begann der Auschwitz-Prozess (aus dem Newsletter der Fédération Internationale des Résistants „FIR“ – Association Antifasciste)

Vor 60 Jahren begann der Auschwitz-Prozess

Als am 20. Dezember 1963 im Plenarsaal des Frankfurter Römer der „Auschwitz-Prozess“ „Gegen Mulka und andere“ gegen 22 Angeklagte eröffnet wurde, waren mehr als 18 Jahre vergangen, dass eines der schlimmsten Massenverbrechen der NS-Herrschaft vor einem deutschen Gericht verhandelt wurde.

Viele Jahre wurde gegen die Täter von Auschwitz nicht ermittelt. Erst der Eichmann-Prozess in Jerusalem vom April 1961, bei dem die Verbrechen von Auschwitz noch einmal vor der ganzen Welt präsentiert wurden, führte zu einem politischen Umdenken.

Der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der als politischer Gegner des NS-Regimes und aus einer jüdischen Familie stammend 1936 ins Exil gegangen war, hatte sich bereits zuvor für eine Untersuchung eingesetzt. Als er von Auschwitz-Überlebenden belastende Dokumente aus dem Kommandantur-Bereich erhielt, beantragte er für das Landgericht Frankfurt/Main die Zuständigkeit für alle Verfahren im Zusammenhang mit den Massenverbrechen in Auschwitz.

Bei dieser Arbeit wurde er unterstützt von der FIR und ihren Mitgliedsverbänden z.B. der VVN, direkt und indirekt. Eine wichtige Rolle spielte das Internationale Auschwitz-Komitee mit seinem damaligen Repräsentanten Hermann Langbein. Er lieferte Dokumente und Kontakte zu Zeugen für die Anklage. Über die FIR liefen Kontakte nach Warschau zur damaligen Veteranenorganisation ZBOWID und zur „Hauptkommission für die Erforschung deutscher (ab 1949: nationalsozialistischer) Verbrechen in Polen“, die ebenfalls Material für Prozesse gegen NS-Kriegsverbrecher bereitstellten. Dieser Kontakt musste in Zeiten des Kalten Krieges diskret abgewickelt werden, wären doch sonst die Angeklagten zu „Opfern kommunistischer Propaganda“ stilisiert worden.

Eine siebenhundertseitige Anklageschrift stützte sich u.a. auf die Vernehmung von 1.300 Zeugen. Zum Prozess selbst wurden mehrere hundert Zeugen aus 15 Ländern Europas und aus Übersee geladen. In einem Zeitungsartikel hieß es:

„Die Aussagen der Überlebenden ließen die unvorstellbaren Schrecken und Grausamkeiten von Auschwitz noch einmal auferstehen. Im Gerichtssaal spielten sich erschütternde Szenen ab, als die ehemaligen Häftlinge ihren Peinigern von einst gegenübertraten. Dokumentiert wurden nicht nur die Untaten der Angeklagten – der Prozess förderte beeindruckendes Beweismaterial über die Verbrechen des deutschen Faschismus und der ihn tragenden Kräfte zutage, über die Hintermänner und Auftraggeber der Angeklagten in Staat und Industrie, die allerdings auf der Anklagebank fehlten. Zeugen und Sachverständige charakterisierten die Verantwortung des IG-Farben-Konzerns bei den in Auschwitz verübten Massenmorden, nicht zuletzt bei der Ausbeutung von Zwangsarbeitern.“

Knapp 20.000 Besucher verfolgten die 183 Verhandlungstage. Nur wenige Journalisten und die Vertreter des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK) waren an allen Prozesstagen anwesend. Die Zeitschrift der FIR „Der Widerstandskämpfer“ berichtete regelmäßig und ausführlich über den Prozess.

Eine juristische Sensation war der Ortstermin in Auschwitz trotz eines fehlenden Rechtshilfeabkommens zwischen der BRD und Polen. Versuche der Verteidigung, die Aussagen der überlebenden Häftlinge zu denunzieren, wurden zurückgewiesen. Die Verbrechen wurden in ihrer Scheußlichkeit und Brutalität dargelegt. 17 Angeklagte wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Urteil über 17 Angeklagte wurde – eine Seltenheit in der deutschen Justiz – auf 930 Seiten begründet. Akribisch wurden die Verbrechen und der Nachweis der unmittelbaren Tatbeteiligung geführt.

Termine:

Dienstag, 16. Januar 24, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmplatz, Göttingen.

*Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.*

Sonntag, 07.01.24, 17:00 Uhr
Ausstellungseröffnung
„Verbrannte Orte - Orte der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen“, Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“, BBS II, Godehardstr. 11, Göttingen
Die Wanderausstellung „Verbrannte Orte“ zeigt in den Räumen der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939–1945“ die Geschichte und Gegenwart der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen anhand der Orte ihres Geschehens. Sie begleitet einen gleichnamigen Online-Atlas. An vielen dieser Orte gibt es bis heute keine oder keine angemessene oder sichtbare Form der Erinnerung. Das Projekt „Verbrannte Orte“ will dies mit geschichtlichen Erläuterungen und Erinnerungen von Zeitzeug*innen ändern.

Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses glaubte die politische Rechte, die Fakten weiterhin infrage stellen zu können. In der BRD erklärte der damalige CSU-Vorsitzende Franz-Joseph Strauß noch 1969 „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“

Alte und neue Nazis leugneten international die Existenz von Gaskammern und die Verbrechen von Auschwitz. Heute ist „Auschwitz-Leugnung“ – nicht nur in der BRD – ausdrücklich eine Straftat.

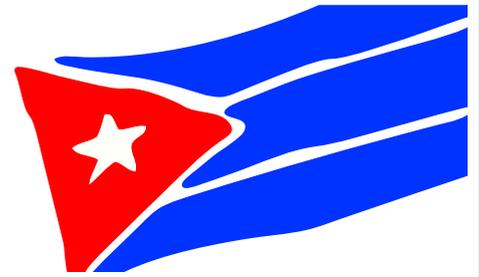
Die FIR und ihre Mitgliedsverbände erinnern immer wieder an die faschistischen Verbrechen in den Vernichtungslagern und deren Opfer, aber auch an diejenigen Frauen und Männer, die sich der NS-Barbarei entgegen gestellt haben.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

12. Dezember, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Völkermord an Palästina trifft Kuba ins Herz

Niemand darf zu den von Israel im Bündnis mit dem Imperialismus begangenen Kriegsverbrechen schweigen oder sie ignorieren 24. November 2023, Autor: Nuria Barbosa León | internet@granma.cu

Krieg, das ist Völkermord“, „Stoppt die Barbarei“, waren Sätze, die immer wieder bei der Demonstration wiederholt wurden, die am Donnerstag auf dem Malecón von Havanna von der Straße G bis zur Esplanade des Hotel Nacional in Solidarität mit der palästinensischen Sache stattfand.

Neben dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Premierminister Manuel Marrero Cruz und Roberto Morales Ojeda, Sekretär für Organisation des Zentralkomitees, sowie weiteren führenden Persönlichkeiten der Revolution, marschierten junge

Studenten, Arbeiter und Einwohner der Hauptstadt.

„Jede Wunde, die diesem Land zugefügt wird, ist auch eine Wunde im Herzen Kubas. Jede Frau, jeder alte Mann und jedes Kind, das dort leidet, erschüttert uns zutiefst. Jedes zerstörte Haus bestürzt uns und spornt uns an, weiterhin für die edle palästinensische Sache einzutreten“, sagte Meyvis Estévez Echeverría, Zweite Sekretärin des Nationalen Büros der Union der Jungen Kommunisten (UJC).

Sie sprach aus, was alle fühlten und sagte, nichts rechtfertige eine solche Bestrafung eines Volkes, das seines Landes und seiner Rechte beraubt worden sei.



Weiter sagte sie, dass junge Kubaner auf der ganzen Insel demonstriert hätten, weil niemand zu den von Israel im Bündnis mit dem Imperialismus begangenen Kriegsverbrechen schweigen oder sie ignorieren darf.

Der Onkologe Dr. Atef Abdelhafez Sharif al Safadi sagte, dass ein Massaker an seinem Volk verübt werde: „Wir glauben, dass es keine Worte gibt, u das Gefühl der Ohnmacht zu beschreiben, das jedes freie Wesen empfindet, wenn es diesen Völkermord sieht.“

Die Demonstration endete mit Kulturdarbietungen.

▶ Breite Unterstützung für Kuba im Menschenrechtsrat

Das Frühwarnsystem für tropische Wirbelstürme gewährleistet die Überwachung und Vorhersage des wahrscheinlichen Verlaufs und der Intensität eines solchen Naturphänomens, das in naher Zukunft eine Gefahr für Kuba darstellen könnte

8. Dezember 2023, Autor: Orfilio Peláez | informacion@granma.cu

Dies erläuterte Dr. Miriam Teresita Llanes Monteagudo, Leiterin des Vorhersagezentrums des Instituts für Meteorologie, gestern bei einer speziellen Diskussionsrunde zu diesem Thema, die im Rahmen des wissenschaftlichen Programms des XI. Internationalen Kongresses über Katastrophen in Zusammenhang mit der VII. Internationalen Konferenz der Feuerwehrleute stattfand, die heute zu Ende geht.

Laut Llanes Monteagudo ist das FWS ein grundlegendes Instrument, da es dem Zivilschutz die Informationen liefert, die er benötigt, um bei tropischen Wirbelstürmen und anderen hydrometeorologischen Ereignissen, wie z. B. starken Regenfällen, Überschwemmungen an der Küste und schweren lokalen Stürmen, rechtzeitig Entscheidungen zum Schutz von Menschenleben und wirtschaftlichen Ressourcen zu treffen.

Sie betonte, wie wichtig es sei, über ein wirksames Wetterüberwachungssystem zu verfügen, um die Genauigkeit der Daten zu

gewährleisten, die für die Erstellung von Frühwarnungen und anschließenden Warnungen vor tropischen Wirbelstürmen gesammelt werden, sobald sich ein tropischer Wirbelsturm gebildet hat.

Diese Warnungen werden alle 24, 12, sechs und sogar alle drei Stunden herausgegeben, je nachdem, ob sich der tropische Wirbelsturm durch die so genannte verstärkte Überwachungszone (zwischen der östlichen Karibik und dem westlichen Teil der Yucatan-Halbinsel) oder durch die Zone höchster Aufmerksamkeit, vom Yucatan-Kanal bis zur Windward-Passage, bewegt.

Dr. Miriam Teresita wies darauf hin, dass der nationale Wetterdienst derzeit über 68 meteorologische Stationen, ein Netz von acht Radaren, die den gesamten kubanischen Archipel und die angrenzenden Meere abdecken, und 14 Provinzzentren verfügt.

Außerdem gibt es über 30 automatische Wetterstationen.



**EINE MILLION
UNTERSCHRIFTEN.**

Für die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus und ein bedingungsloses Ende der Blockade.

Aufruf:

**Kuba lebt
und leistet Widerstand!**

**Homepage:
CUBA VIVE Y RESISTE !**



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

▶ Darauf aufbauen

Zum Ergebnis der Tarifrunde TV-L, aus Unsere Zeit vom 15.12.2023



Sicherlich nicht zufällig hat Bundeskanzler Olaf Scholz zwei Tage vor der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde im Öffentlichen Dienst der Länder die Erwartung an die Arbeitgeber und Gewerkschaften noch einmal verkündet: „Das eigentliche Erfolgsmodell unserer Volkswirtschaft beruht auf der Sozialpartnerschaft!“ ver.di war dem Ruf insofern schon gefolgt, als dass die Tarifforderungen mit Lohngerechtigkeit und Wertschätzung für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen begründet wurden. Kritik an der Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung auf Kosten der Bevölkerung wurde konsequent ausgespart. Der vermeintliche Sozialpartner, die Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst, drohten dagegen die Situation zu eskalieren, indem sie – mit Blick auf den schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrad – bis zur dritten Runde kein Angebot vorlegten und alle Forderungen grundsätzlich ablehnten.

Die von Scholz postulierte Erwartung war der Fingerzeig, der die Tarifgemeinschaft der Länder zurück in die Spur brachte. Denn zur Einbindung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in die herrschende Politik von Aufrüstung und Sozialabbau braucht es Zugeständnisse an die Beschäftigten und die Vermeidung von Zuspitzungen in Tarifauseinandersetzungen. Zu groß ist sonst die Ge-

fahr, dass der Unmut der Beschäftigten den von der Gewerkschaft gesetzten Rahmen verlässt und die aktuelle Politik wirklich hinterfragt wird.

Leidtragende dieser Sozialpartnerschaft sind die Beschäftigten. Ihnen wird der Lohnabschluss als Erfolg verkauft, obwohl er den Reallohnverlust der letzten Jahre nicht ausgleicht. Leidtragend sind aber vor allem die Beschäftigten in den Städten und Betrieben, die in der Tarifrunde den politischen Bezug hergestellt haben und darüber Stärke und Kampfkraft aufbauen konnten. Sie haben für ihre Lohn- und weitergehenden Forderungen – wie der nach einem wirklichen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte oder einer Stadtstaatenzulage – viel mehr Kolleginnen und Kollegen in

Mitgliederversammlungen

Januar 24

Dienstag, 2. Januar

Dienstag, 16. Januar

Die Themen der Versammlungen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

den Streik geführt als in vergangenen Tarifrunden. Darauf gilt es aufzubauen, was dann möglich ist, wenn der vorhandene Frust über den Abschluss in den Betrieben besprochen und politisch eingeordnet wird. Und wenn mehr und mehr Kolleginnen und Kollegen das Märchen von der Sozialpartnerschaft in Frage stellen.

(jvh)

ROTER FEIERABEND

WANN? FREITAG, 26. JANUAR, 20 UHR

WO? KADENZ, JÜDENSTR. 17

**WAS? BEI KALTEN GETRÄNKEN DEN FEIER-
ABEND EINLÄUTEN, DISKUTIEREN,
VERNETZEN, PLANEN**



DKP
Göttingen

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Die ersten Nebenkostenabrechnungen sind angekommen: Über 7.000 Euro Nachzahlung und Erhöhung der monatlichen Nebenkosten um 200 Euro!

Im Dezember erhielten die MieterInnen der LEG in Grone ihre Jahresabrechnungen über die Nebenkosten, was vielen hier regelmäßig das Weihnachtsfest und die Feiertage verdirbt. Und es war zu befürchten, dass die Nebenkostenabrechnungen 2022 wirklich hoch ausfallen, da sie das Jahr der großen Verteuerung betreffen. Aber was dann kam, war der Gipfel!

Noch im Dezember reagierten der Verein IN Grone, die Stadtteilgruppe G!G und die Mieterinitiative in Absprache mit dem Dt. Mieterbund und verteilten 1.100 Flugis bei den LEG-Wohnungen: Am 8. Jan sind die Betroffenen ins Nachbarschaftszentrum eingeladen!

**ABRECHNUNG ERHALTEN?
NOCH NICHT BEZAHLEN!**

LIEBE NACHBARINNEN UND NACHBARN,
im Dezember erhalten wir Mieter*innen der LEG unsere **Jahresabrechnungen** der Nebenkosten. Die ersten Abrechnungen sind schon da, sie fallen absurd hoch aus.

Es gibt einzelne Mieter*innen, die diese Nachzahlungen bisher noch nie bezahlen mussten, einfach weil sie ihre **Rechte** in Anspruch genommen haben. Nun wollen mehr Leute ebenfalls ihre Rechte in Anspruch nehmen. Darum wollen wir uns zu einer **Prüfgemeinschaft** zusammenschließen, die einen kollektiven Widerspruch formulieren wird, Einsicht in die Rechnungsbelege verlangt und diese Belege dann rechtlich prüft. In anderen Städten gibt es bereits ähnliche Projekte - **mit Erfolg!**

**BEZAHLEN SIE DIE ABRECHNUNG NICHT SOFORT!
KÜNDIGEN SIE DIE ABBUCHUNGSGENEHMIGUNG DURCH DIE LEG BEI IHRER BANK!**

DAS KÖNNEN SIE TUN:

- ▶ Sie besuchen unsere Informationsveranstaltung im Nachbarschaftszentrum am Montag den 08.01.2024 um 19 Uhr.
*Hier erfahren Sie mehr über die Prüfgemeinschaft und wie auch Sie ihre Rechte in Anspruch nehmen können und welche Möglichkeiten der Unterstützung es gibt. Bringen Sie dazu die **aktuelle Rechnung** und die der **letzten beiden Jahre** mit!*
- ▶ Sie besuchen unser kostenloses Hilfsangebot im Nachbarschaftszentrum, ab dem 10.01.2024 jeden **Mittwoch 17 bis 18 Uhr.**
*Die Prüfgemeinschaft (bestehend aus engagierten LEG-Mieter*innen) wird ihre Abrechnung aufnehmen und zusammen mit dem Mieterverein rechtlich prüfen und daraus einen kollektiven Widerspruch formulieren. Bringen Sie dazu die **aktuelle Rechnung** und die der **letzten beiden Jahre** mit!*
- ▶ Sie treten in den Mieterverein ein und lassen sich durch dessen **Anwälte rechtlich beraten und vertreten.**
*Wenn Sie Sozialleistungen beziehen, können die Beitrittskosten dafür vom Amt übernommen werden. Es macht Sinn sich auch als Sozialleistungsempfänger zu wehren, da die Mieten und Nebenkosten bereits so stark angestiegen sind, dass sie bei ersten Mieter*innen schon nicht mehr komplett vom Amt übernommen werden.*

Kontakt Mieter*innentelefon: 0178 5884649
oder Mail: grobian-grone@web.de oder stadtteiltreffen-grone@web.de

▶ Das Winterkino Grone

19. Januar 2024:

„Mit (fast) allen Sinnen ...“

Der Film erzählt die Geschichte von Lara, die als Tochter gehörloser Eltern in einer kleinen Stadt aufwächst. Lara selbst hört normal und beherrscht die

Gebärdensprache, weswegen sie schon in jungen Jahren in vielen Lebenslagen für ihre Eltern übersetzt. So begleitet sie diese zur Bank und dolmetscht dort wie auch beim Elternsprechtag in der Schule, allerdings nicht immer ganz wahrheitsgemäß.



* Filmtitel aus Lizenzgründen * Filmtitel aus Lizenzgründen verfremdet

Die barrierefreien Vorstellungen beginnen um 19.00 in der JONA-Gemeinde, Deisterstraße (Eingang gegenüber dem NBZ) Einlass 18.30 Uhr / 2,00 Euro für einen Verzehrbon / (Getränke & kulinarische „Filmhäppchen“ werden gereicht



Linke für Vernunft und
Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

▶ Handlungsstrategie gegenüber Demokratiefeinden

In der Kreistagssitzung am 6. Dezember wurde von der Verwaltung eine Vorlage eingebracht, die zu einer intensiv geführten Debatte führte. Ausgangspunkt ist dabei eine im Landkreis Göttingen veränderte Situation in Bezug auf die extreme Rechte und die Szene der Reichsbürger. Diese hat sich in den vergangenen Monaten verschärft. Insbesondere im Südharz (Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried) sind neben dem Kauf und der Anmietung von Immobilien weitere Aktivitäten (u.a. Organisation von Freizeitangeboten, Einbringen in Elterninitiativen, Aufbau wirtschaftlicher Unternehmen und die Übernahme von Vorstandspositionen in Vereinen) feststellbar. Diese zielen auf eine Normalisierung extrem rechter Positionen und Einstellungen in der Gesellschaft ab, äußern sich in der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie durch Infragestellen der Gleichwertigkeit aller Menschen und führen zu einer Aushöhlung demokratischer Grundwerte.

Die Kreisverwaltung hat diesbezüglich eine Handlungsstrategie entwickelt, welche sowohl konkrete Ziele als auch Umsetzungsschritte für den Umgang mit diesen Entwicklungen benennt. Unter anderem solle in informellen, halböffentlichen und öffentlichen Räumen für die Situation sensibilisiert und die aktuellen Entwicklungen problematisiert werden, um ein gemeinsames Bewusstsein für die Lage zu entwickeln, der Unterwanderung demokratischer Strukturen entgegenzutreten und einen Imageschaden für die Region zu vermeiden. Um dies zu erreichen, positioniere sich die Verwaltung öffentlichkeitswirksam für die demokratischen Werte unserer Gesellschaft und biete auf diese Weise einen Rückhalt für jene Personen und Initiativen, die vor Ort für eine demokratische Gesellschaft eintreten. Außerdem unterstützt der Landkreis durch Angebote die Vernetzung der Personen und Initiativen, die sich regional gegen die rechte Raumnahme und für ein de-

mokratisches Miteinander engagieren. Dazu baut er seine bereits bestehenden Angebote und Strukturen aus. Gleichzeitig wirkt er mit Aufklärungsarbeit und dem Bereitstellen von Informationen darauf hin, dass vor Ort ein stärkeres Problembewusstsein für die Lage entsteht.

Da sich die AfD offenbar direkt angesprochen fühlte, preschte ihr Fraktionsvorsitzender Göthel gleich als Erster ans Rednerpult um die Harmlosigkeit der Lage und insbesondere seiner Partei zu verdeutlichen. Dass es im Südharz eine extreme Rechte gebe, wurde sogleich geleugnet und die AfD könne damit auch gar nicht gemeint sein, da diese sich gegen Demokratiefeinde stelle. Mit dem Antrag solle nur der „Normalisierung der AfD entgegengewirkt werden“.

Eckhard Fascher wies demgegenüber darauf hin, dass die Probleme mit Reichsbürgern im Südharz lange bekannt seien. Die Linke für Vernunft und Gerechtigkeit unterstütze die Handlungsstrategie, da gegen Menschen, die die Ungleichheit in den Mittelpunkt stellen, vorzugehen sei.

Zudem sei es aber wichtig, sich darüber klar zu werden, warum es zu solchen Entwicklungen überhaupt kommen konnte. Das Erstarken der AfD habe auch damit zu tun, dass soziale Probleme zugenommen haben und Probleme generell nicht richtig angepackt würden.

Während der CDU-Boss Körner, wie bei solchen Debatten üblich, gleich zum Rundumschlag auch gegen den „Linksextremismus“ ausholte und diesen in einem Atemzug mit Islamismus und „Antisemitismus“ (den er in der heute üblichen Form jeglicher Kritik an der rechtsextremen Regierung Israels interpretierte) nannte, machte Eckhard Fascher deutlich, dass durch zunehmende Denkverbote (man nennt es auch „Cancel Culture“) Menschen aus dem demokratischen Spektrum herausgedrängt würden.

Mit nur einer Gegenstimme von Göthel wurde die Handlungsstrategie vom Plenum beschlossen.

Kontakt

**Linke für Vernunft
und Gerechtigkeit
im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
www.wastun-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



▶ Zwischenlager Wür- gassen vom Tisch

Zur Kreistagssitzung im Juli 2020 stellte unsere damalige Gruppe „Linke/Piraten/Partei“ den Antrag, der Landkreis Göttingen solle den Bau und Betrieb des von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) geplanten „Logistikzentrum für Endlager Konrad“ in Würgassen ablehnen, was auch so beschlossen wurde. Die Proteste auch vieler anderer Kommunen waren nun erfreulicherweise erfolgreich, das Bundesumweltministerium hat mitgeteilt, die Pläne für den Bau nicht weiter zu verfolgen.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

▶ Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Am 11. Dezember fand die von 29 Genoss*innen besuchte diesjährige Jahreshauptversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Roten Zentrum statt. Wesentliche Themen waren die Rechenschaftsberichte der Ratsfraktion und des Sprecherkreises mit dessen Entlastung sowie ein Unvereinbarkeitsantrag der Partei Die Linke.

Eckhard Fascher hielt den Bericht des Sprecher*innenkreises und führte aus, dass wesentliche Aktivitäten die Organisation des Kommunalpolitischen Arbeitskreises (Kompol AK) sowie die Gestaltung der Seite der Göttinger Blätter gewesen sind. Hier ging es vor allem um kommunalpolitische Themen; dabei wurde häufig über den Kompol AK berichtet. Hinzu kam eine Beteiligung an der Interkulturellen Woche durch verschiedene digitale Beiträge.

Ziel des Kompol AK war und ist die Koordination linker Kommunalpolitik in Stadt und Landkreis Göttingen und Landkreis.

In der Ausgabe Nov: der GöBlä wurde ausführlich berichtet, wie die Ergebnisse des Kompol AK umgesetzt wurden. So gab es verschiedene Initiativen beider Fraktionen zu den Haushaltsberatungen und Anfragen zur Flüchtlingspolitik. Sylke Jarosch konnte erfolgreich die Initiative im Gemeinderat Gleichen zur Einrichtung einer Stelle einer Gemeindegewerkschafterin auf den Weg bringen.

Einvernehmlich wurde nach dem Finanzbericht, die durch die Rechnungsprüfer beantragte Entlastung erteilt.

Jost Leßmann führte für die nach dem Ausschluss von Edgar Schu nur noch dreiköpfige Stadtratsfraktion aus, dass die Fraktion in zahlreichen Ausschüssen und anderen Gremien vertreten ist und in Aufsichtsräten durch Mitglieder der GöLi vertreten wird. Es wurden zahlreiche Anträge gestellt, die Öffentlichkeitsarbeit wurde deutlich intensiviert. So gibt es in diesem Jahr insgesamt ca. 30 Presseerklärungen. Auch in den sozialen Netzwerken wie Instagram, Facebook, Twitter ist man mit mehreren Beiträgen pro Woche aktiv.

Hendrik Falkenberg berichtet über seine Arbeit im Ortsrat Grone: Bezahlbares Wohnen, Zusammenarbeit mit Mieter*innen, Kitabau.

In dem vom KV der Linkspartei eingebrachten Antrag zur Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von Befürwortern der neuen Wagenknecht-Partei mit der GöLi wurden einige Genoss*innen namentlich genannt. Die Antragsteller*innen sehen inhaltliche Unvereinbarkeiten bei den Themen Migration / Flüchtlinge, Hartz IV und Klima / Umweltpolitik sowie eine fehlende Abgrenzung nach rechts, was laut Antragstellern Aussagen von Sahra Wagenknecht entspräche.

Die Diskussion dazu wurde kontrovers, aber sachlich geführt. Von etlichen Diskussteilnehmern wurde darauf hingewiesen, dass die genannten Personen am aktuellen Kommunalwahlprogramm der Göttinger Linke wesentlich mitgearbeitet haben sowie auch langjährige Erfahrungen mit den Genannten in der kommunalpol. Praxis in Kreis- und Stadtrat in der Vergangenheit vorliegen.

Etliche Redner*innen wiesen darauf hin, dass die GöLi für Göttingen ein erfolversprechendes Modell ist. Trotz Differenzen und unterschiedlicher Positionen der Parteien im Bündnis wird mit der Ratsfraktion bisher über einen längeren Zeitraum gute linke Politik geleistet.

Es wurde die Frage gestellt, wie die Anwesenden in der Kommunalpolitik trotz unterschiedlicher Sichtweisen weiterarbeiten und Kompromisse finden können, die ein weiteres Handeln ermöglichen und Linke Kräfte bündeln. Jost Leßmann konstatiert, dass alles getan werden müsse, um die Stadtratsfraktion und damit linke Politik im Stadtbild zu erhalten.

Eckhard Fascher erklärte namens der „neuen“ Kreistagsfraktion die absolute Gültigkeit des Kommunalwahlprogramms und wies für sich die im Antrag gemachten Aussagen zu angeblichen

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçın

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Positionen von Wagenknecht-Anhänger*innen zurück.

Thomas Goes nahm für die PdL Stellung: Die Göttinger Linke hat eine lange Praxis als Bündnis. Es gibt nicht nur eine Abspaltung der PdL, sondern auch viele neue Mitglieder.

Eine Zusammenarbeit mit dem BSW ist nur schwer vorstellbar und das Vertrauen ist schwer erschüttert. Die PdL diskutiert über die Zukunft der GöLi und auch über einen eigenen Wahlantritt in 2026.

Ein GO-Antrag aus den Reihen des Sprecher*Innenkreises, den Antrag aktuell nicht abzustimmen, wurde mit 20 : 7 : 2 Stimmen angenommen. In der Begründung wurde dargestellt, dass zuerst eine Position zur Wagenknecht Partei erarbeitet werden soll. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung soll dann dazu im März stattfinden. (cs)

Anfrage an die Verwaltung zum Thema Asyl

1. Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 aus der Stadt durchgeführt und in welche Länder?

Es handelte sich um eine Abschiebung nach Frankreich. Im gleichen Zeitraum hat die Ausländerbehörde 270 Menschen eingebürgert und 24.497 positive Verwaltungsakte (Aufenthaltserteilungen, Verlängerung derselben u.a.) auf den Weg gebracht.

2. Wie liefen die Abschiebungen ab und zu welcher Uhrzeit?

Wie die Abschiebungen ablaufen, kann seitens der Ausländerbehörde nicht beantwortet werden, da die Zuständigkeit dafür bei der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen liegt. Die Uhrzeit richtet sich nach den Vorgaben des jeweiligen Landes für die Aufnahme in Verbindung mit dem vorgesehenen Abflug bzw. der Übergabe am Grenzübergang in Verbindung mit der Zeit für die Durchführung der Maßnahme und dem anschließenden Transport durch die Landesaufnahmebehörde.

3. Was sind die Kriterien für einen Auszug aus einer Sammelunterkunft?

Das einzige Kriterium ist ein Mietvertrag für eine passende Wohnung.

4. Trifft es zu, dass Geflüchtete aus der Ukraine bei der Wohnungsvergabe bevorzugt werden?

Nein, trifft nicht zu.

5. Mit welcher Begründung wird aus Drittländern kommenden Geflüchteten aus der Ukraine der Aufenthalt verwehrt, im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen mit ukrainischer Nationalität?

Gemäß § 24 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes wird einem Ausländer, dem auf Grund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG vorübergehender Schutz gewährt wird und der seine Bereitschaft erklärt hat, im Bundesgebiet aufgenommen zu werden, ..., eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Das ist explizit für Menschen ukrainischer Nationalität geschehen. Der Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine bemisst sich nach den Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl oder den allgemeinen Voraussetzungen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln. Werden die dort geforderten Voraussetzungen erfüllt, gibt es eine Perspektive für den Aufenthalt in Deutschland.

6. Wie viele Geflüchtete aus der Ukraine, die Drittstaatler sind, leben aktuell in Göttingen? Gibt es Bleiberechtschancen (z.B. Arbeit, FSJ etc.)?

In Göttingen leben derzeit 112 Personen. Die Menschen werden natürlich von der Ausländerbehörde im Hinblick auf eine Bleibereichtsperspektive unter dem Aspekt von Asyl oder den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen für Aufenthaltstitel beraten. So konnten beispielsweise in der Ukraine lebende Drittstaatsangehörige ein in der Ukraine begonnenes Studium in Göttingen fortsetzen.

7. Dolmetscherkosten bei Arzt- bzw. Klinikbesuchen werden nicht zuverlässig übernommen, so dass teilweise Arzttermine nach einem Quartal nicht mehr wahrgenommen werden können. Woran liegt das?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor. Evtl. liegt ein Missverständnis hinsichtlich der quartalsweisen Gültigkeit von Krankenscheinen bzw. der quartalsweise notwendigen Vorlage der Krankenkassenscheine vor?

Keine Mensa für alle

Die Verwaltung wurde aufgefordert zu prüfen, welche zusätzlichen oder erweiterten Angebote entwickelt werden können, um günstige, warme Mahlzeiten für breite Bevölkerungsgruppen vorzuhalten. Dabei wurden örtliche, logistische, wie auch finanzielle (Förder-)Möglichkeiten ausgelotet. Sowohl die Ausweitung der städtischen Küchenbetriebe als auch externe Angebote wurden dabei in Betracht gezogen.

Über die städtischen Angebote hinaus wurde geprüft, welche Kooperationen mit anderen Institutionen, z.B. der Universität, den Nachbarschaftszentren oder den Kirchengemeinden möglich sind, um ein breites Angebot zu schaffen. Mittagstische mit günstigen, warmen Mahlzeiten sollten vielen Menschen zugänglich gemacht werden.

Im Schulausschuss vom 01.12.2022 wurde ein Bericht über die Wirtschaftlichkeit der Küchenbetriebe vorgelegt. Daraus geht hervor, dass auch dort Kostensteigerungen und Personalmangel die Auskömmlichkeit erschweren.

Dennoch wurde eine Möglichkeit gefunden, um über die Versorgung der Schul- und Kita-Kinder hinaus bedürftigen Menschen günstige, warme Mahlzeiten anzubieten.

Dieses Projekt wurde nun ein halbes Jahr lang getestet, vor allem in Nachbarschaftszentren. Nach einer geplanten Evaluation stellte nun sich leider heraus, dass vor allem die logistischen Kosten der Stadt zu hoch erscheinen. Außerdem wird berichtet, dass das Angebot wenig genutzt wurde und somit die Sinnhaftigkeit in Frage gestellt wird.

In der Sozialausschusssitzung vom 12.12.2023 wurde mitgeteilt, dass das Projekt „Mensa für alle“ leider wieder eingestellt wird. Den Versuch war es aber allemal wert.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich